

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis mittags 12 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf., Einzelne Nr. 5 Pf.  
Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzel. 20 Pf.  
Expedition: Waldenburg, Obergasse 291 E.

Filialen: in Albstadt-Waldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenchursdorf bei Herrn H. Sieglar; in Penig bei Frau Kaufmann Max Härtig, Leibzigerstr. 163; in Rochsburg bei Herrn Paul Zehl; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Röjke; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lunzenau, Richtenstein-Callenberg**, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:  
**Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnik i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.**

No. 34.

Dienstag, den 11. Februar

1896.

**Witterungsbericht**, aufgenommen am 10. Februar, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 772 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 6° C. (Morgens 8 Uhr + 4°) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 71%. Thaupunkt + 1 Grad. Windrichtung: Südwest.  
Daher **Witterungsaussichten** für den 11. Februar: Halbheiter bis bewölkt.

**Waldenburg, 10. Februar 1896.**

Das Jahr 1889 war das letzte, in welchem wir im deutschen Reiche eine umfangreiche Bewegung unter den Gehilfen und Arbeitern der meisten industriellen und gewerblichen Betriebe hatten, die auf Lohnaufbesserung oder Verkürzung der Arbeitszeit anstrebte. Diese Bewegung erstreckte sich über alle europäischen Staaten, ging auch von den Großstädten auf die Mittel- und Kleinstädte über, bis sie schließlich aus Mangel an Nahrung erlosch. Seitdem haben wir bei uns keine allgemeine Streikbewegung mehr gehabt, nur vereinzelte größere Zwischenfälle auf diesem Gebiete machten von sich reden. Für dieses Frühjahr ist nun von ziemlich zahlreichen gewerblichen Vereinigungen in Großstädten eine neue Lohnbewegung in Aussicht genommen, die aber, wie sich voraussehen läßt, auf die Großstädte, voran Berlin, beschränkt bleiben wird. Der Grund dafür liegt in den thatsächlichen Verhältnissen.

Wir wissen, daß nach dem Jahre 1889 sieben recht magerer Jahre für Industrie und Gewerbe gekommen sind, und daß erst in vereinzelten Zweigen eine Besserung sich geltend zu machen beginnt. In den Klein- und Mittelstädten hat sich in Folge davon die Zahl der Arbeitskräfte auch wohl verringert, aber die eingeführten Lohnverhältnisse sind doch im Durchschnitt aufrecht erhalten geblieben. Hinzu kommt, daß man hier die Wirkung der billigen Lebensmittelpreise ganz anders vermerkt hat, als in der Großstadt, wo sehr vielfach die Größe der Backwaare den geltenden Getreidepreisen auch nicht entfernt entsprochen hat und auch heute nicht entspricht. In Kleinstädten und Mittelstädten haben mit vereinzelten Ausnahmen auch die Mietpreise keine Erhöhung erfahren, während in den Großstädten gerade für kleine Wohnungen ein vielleicht etwas verlangsamtes, aber doch stetiges Hinaufschrauben der Mieten erkennbar ist. Was aber die Hauptsache in den Großstädten ist: In der kritischen Zeit trat nicht blos ein starkes Herabdrücken der Fabrikationspreise und ein sehr vermehrtes Arbeitsangebot, sondern auch eine theilweise bis zur Unerträglichkeit verschärfte Concurrenz ein, welche die Arbeitslöhne gewaltig hat heruntergehen lassen. Das ist natürlich nicht in allen Branchen der Fall, aber doch vielfach, und hierin sind vor Allem die Ursachen der neuen Lohnbewegung, die direct den Charakter einer großstädtischen hat, zu suchen. Ob freilich die Absatzverhältnisse schon wieder so befestigt sind, daß sie einen neuen Zwischenfall ertragen können, dürfte die Frage sein, und hiervon wird auch der Ausgang aller Streiks, die geplant sind und geplant werden, abhängen.

Am meisten die öffentliche Theilnahme in Anspruch nimmt die Bewegung der Arbeiterinnen in der Confectionsbranche. Hier ist eine der Quellen der Unsitlichkeit der Großstädte, denn die überaus traurige Bezahlung drängt so manches Mädchen, welches keinen Familienanhalt hat, auf den Weg des Lasters. Das ist nichts Neues, das weiß man seit Jahren, und darum ist es sehr bedauerlich, daß man immerfort die Dinge hat weitergehen lassen, wie sie wollten. Schon am 11. Mai 1885 hat der Reichstag Ermittlungen über die traurigen Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäsche-fabrikation und der Confectionsbranche bei der Reichsregierung angeregt, und diese Erhebungen haben sehr düstere Resultate ergeben. Seitdem ist nichts Durchgreifendes mehr geschehen, bis nun die Arbeiterinnen-Bewegung allenthalben ausgebrochen ist, die durch rechtzeitige Maßnahmen hätte verhütet werden können. Im Reichstage

ist soeben von nationalliberalen Abgeordneten eine Interpellation eingebracht, welche auf jene früheren Erhebungen Bezug nimmt und dann weiter fortfährt: „Nachdem sich die Lage der Arbeiterinnen in diesen Branchen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutze für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?“ Daß hier etwas geschehen muß, unterliegt keiner Frage.

Deutschland ist auf dem Wege der Socialgesetzgebung weit voran geschritten, aber keinem Zweifel unterliegt es, daß noch viel zu thun ist und ganz besonders in den Großstädten. Es ist jedenfalls weit vortheilhafter, vorbeugende Maßnahmen zu treffen, als unter dem Druck von schreienden Uebelständen solche treffen zu müssen. Das Centrum dieser Bewegung ist die Berliner Confection, und wer die Verhältnisse in der Reichshauptstadt näher kennt, der weiß, daß gerade die Inhaber der großen Confections-Geschäfte einer nach dem andern sich wahre Geschäftspaläste erbauten. Gewiß sind das nur Neußerlichkeiten, aber auch Neußerlichkeiten, die in trassem Gegensatz zu den Neußerlichkeiten des Lebens der Confectionsarbeiterinnen stehen. Ist die Sachlage in anderen Großstädten vielleicht weniger traurig, die Zahl der Arbeiterinnen, die allein in Berlin dadurch dem Laster überantwortet werden, geht schon in die Tausende. Um so greller ist dort die Sache, als man dort Millionen für ein glänzendes Gelingen der Gewerbeausstellung aufwendet.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser verließ am Freitag auf Einladung des Großherzogs Peter nach den Beisehungsfeierlichkeiten etwas länger als ursprünglich beabsichtigt war in Oldenburg, um an der Familientafel theilzunehmen. Bei der Abreise des Kaisers gab der Großherzog demselben das Geleite zum Bahnhofe. Am 11. Uhr abends traf Se. Majestät im besten Wohlbefinden wieder in Berlin ein. Sonnabend machte das Kaiserpaar eine Promenade durch den Thiergarten. Im Auswärtigen Amt hörte der Kaiser hierauf den Vortrag des Staatssekretärs v. Marschall. Am Nachmittag begab sich der Monarch nach Potsdam, wo derselbe das Füsilierbataillon des 1. Garderegiments besichtigte und sodann im Stadtschloß übernachtete. Der Jahrestag des Eintritts des Kaisers als Lieutenant in das 1. Garderegiment, 9. Februar, ist von dem Regiment festlich begangen worden.

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben: Die „Germania“ behauptet, daß die Angriffe auf Herrn v. Bötticher von Friedrichsruh nur deshalb erfolgen, weil derselbe nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck seine ungewöhnlich große Kraft und Arbeit dem Kaiser und dem Reiche weiter zur Verfügung gestellt habe, statt sich der Bismarck'schen Fronde anzuschließen. Wir glauben, daß, wenn in Friedrichsruh Verstimmung gegen Herrn v. Bötticher existirt, dieselbe ihren Ursprung nur in dem Verhalten des Ministers vor dem Rücktritt des Fürsten Bismarck haben kann.

Herr Stöcker hat nun in öffentlicher Versammlung in Berlin mitgetheilt, weshalb er aus der conservativen Partei ausgeschieden ist und mit seiner christlich-socialen Partei allein vorwärts gehen will. Die Conservativen gehen Herrn Stöcker in socialpolitischen Fragen nicht

ernsthaft genug vorwärts, er will nicht, daß die agrarischen Fragen Alles beherrschen. Nach den ganzen Ausführungen ist die Trennung eine totale.

Ueber ein neues Gewehr, welches von einem Berliner Ingenieur Paul Brand construirt sei, berichtete kürzlich ein Berliner Blatt. Dieses Gewehr habe keine Zündvorrichtung; das Hinausschleudern des Geschosses werde durch Ausdehnung eines comprimierten Gases bewirkt. Mit der Waffe sollten bei der Gewehr-Prüfungscommission in Spandau Schießversuche stattfinden, denen auch der Kaiser beiwohnen wolle. Hierzu bemerkt der „Reichsanzeiger“: Wichtig ist, daß sich ein Ingenieur Brand aus Kulm im October v. J. in Sachen eines von ihm erfundenen Gewehrs mit einem Immediatgesuch an Se. Majestät gewandt hat. Er hat aber bisher — trotz entsprechender Aufforderung — der Prüfungscommission weder sein Gewehr vorgestellt, noch sich überhaupt mit ihr in Verbindung gesetzt. Die Nachricht von den Schießversuchen, denen auch der Kaiser beiwohnen wolle, beruht also auf Erfindung.

Im Fürstenthum Lippe ist man sehr ungehalten über die Weigerung des Bundesraths, die Erbfolgefrage durch das Reichsgericht entscheiden zu lassen. Unter Berufung auf die Eingangsworte der Verfassung, nach denen das Reich gegründet ist auch zum Schutze des im Bundesgebiete geltigen Rechts, wird in der „Lipp. Landesztg.“ ausgeführt, daß der Bundesrath verpflichtet sei, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung des Verfassungsstreits vorzulegen, wenn der lippische Antrag beim Bundesrath und auch der Versuch des letzteren, ein Compromißgericht zu schaffen, keinen Erfolg habe.

Die französische Regierung hat kürzlich eine Anzahl von Zollerleichterungen eingeführt, die für Elsaß-Lothringen einer gewissen politischen Bedeutung nicht ermangeln. Vom 1. d. M. ab sind von jeder Einfuhrsteuer befreit: Hausgeräthe und Effecten bei Uebersiedelungen nach Frankreich, einerlei, ob die Zuziehenden französische Unterthanen sind oder nicht, ferner Heiratsgüter jeglicher Art mit Ausnahme von Silberzeug, das dem gesetzlich vorgeschriebenen Garantiestempel unterliegt, und endlich alles Ausstattungsgut von Schülern, die französische Schulen besuchen wollen, sowie Fabrikgeräthschaften, Handwerkszeug und Ackergeräthe, sofern die Besitzer nach Frankreich übersiedeln. Der Zweck dieser Ausnahmebestimmungen ist kein anderer, als die Uebersiedelung elsass-lothringischer Familien nach Frankreich, sowie das Studium der reichsländischen Jugend auf französischen Lehranstalten möglichst zu erleichtern.

### Österreich-Ungarn.

Welche Wirkung die Einführung der Civilehe in Ungarn hat, dafür liegen einige bemerkenswerthe Thatsachen vor. In den reformirten Gemeinden läßt sich ein starker Procentsatz der Paare gar nicht trauen; dabei gehen sie ohne Bedenken Mischehen ein und versprechen, ihre Kinder in anderen Bekenntnissen (meist katholisch) erziehen zu lassen. In einer deutschen lutherischen Gemeinde ließ sich im November und December v. J. von 20 Paaren blos eines kirchlich trauen. In einer magyarisch-lutherischen hielten binnen 2 Monaten 30 Paare den Segen der Kirche für überflüssig. Es ist ja möglich, daß sich diese Verhältnisse später wieder günstiger gestalten; ob man es aber auch für wahrscheinlich halten darf, ist eine andere Frage. Der jähe Abfall spricht nicht dafür; allerdings deutet er auch auf große innerkirchliche Schäden hin, das läßt sich nicht verkennen.